

# Die Baugewerkschaft

## Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 44. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 44.

Abonnements-Westellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,20 Mk.

Verbandsmitgliedern erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 17.

Aufgabe

Berlin, den 9. April 1906.

42 000

7. Jahrgang.

### Inhaltsverzeichnis.

**Einladung.** — Die Kartelle und Syndikate in ihrer Wirkung auf das Wirtschaftsleben. — Inkonsequent und unehriglich. — Vom 1. Mai ab ist die Adresse der Geschäftsstelle unseres Verbandes: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Der Aufsatz ist auch die Redaktion und Verlag der „Baugewerkschaft“. — Der Verbandsvorstand.

**Einladung!**

Gemäß der Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes berufen die Unterzeichneten den

**VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands**

für den 22. Juli und die folgenden Tage nach Breslau ein. Tagungslokal wird noch bekannt gegeben.

**Tagungs-Ordnung:**

- 1) Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. Referent Stegerwald-Köln.
- 2) Die Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Referent Löffel-Essen.
- 3) Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Referent Giesberts-M. Gladbach.
- 4) Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen. Referent Köhling-Düsseldorf. Korreferentin Fel. Behm-Berlin.
- 5) Erlebigung von Anträgen.

Zur Beschickung des Kongresses durch Delegierte werden alle christlichen gewerkschaftlichen Verbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat Köln Rh., Admstr. 14, zu bewirken.

Ebenso sind Anträge bis spätestens 30. Juni an die gleiche Adresse einzureichen. Solche können gestellt werden von den Zentralvorständen oder Generalversammlungen der christlichen Verbände, den Jahrestellen derselben und den Ortskartellen der christlichen Gewerkschaften.

Anschließend an den Kongress findet die Generalversammlung des Gesamtverbandes statt.

**Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.**

N. A.

C. M. Schiffer, Vorsitzender.  
A. Stegerwald, Generalsekretär.

### Zur Beachtung!

Vom 1. Mai ab ist die Adresse der Geschäftsstelle unseres Verbandes: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Der Aufsatz ist auch die Redaktion und Verlag der „Baugewerkschaft“. — Der Verbandsvorstand.

### Einladung!

Gemäß der Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes berufen die Unterzeichneten den

**VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands**

für den 22. Juli und die folgenden Tage nach Breslau ein. Tagungslokal wird noch bekannt gegeben.

### Tagungs-Ordnung:

- 1) Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. Referent Stegerwald-Köln.
- 2) Die Betätigung der Ortskartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Referent Löffel-Essen.
- 3) Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben. Referent Giesberts-M. Gladbach.
- 4) Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen. Referent Köhling-Düsseldorf. Korreferentinnen Fel. Behm-Berlin.
- 5) Erlebigung von Anträgen.

Zur Beschickung des Kongresses durch Delegierte werden alle christlichen gewerkschaftlichen Verbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat Köln Rh., Admstr. 14, zu bewirken.

Ebenso sind Anträge bis spätestens 30. Juni an die gleiche Adresse einzureichen. Solche können gestellt werden von den Zentralvorständen oder Generalversammlungen der christlichen Verbände, den Jahrestellen derselben und den Ortskartellen der christlichen Gewerkschaften.

Anschließend an den Kongress findet die Generalversammlung des Gesamtverbandes statt.

### Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

N. A.

C. M. Schiffer, Vorsitzender.

A. Stegerwald, Generalsekretär.

### Die Kartelle und Syndikate in ihrer Wirkung auf das Wirtschaftsleben.

II.

#### 3. Einfluss auf die weiterverarbeitenden Industrien.

Man wirft den Rohstoffkartellen (Kohle, Eisen usw.) in der Öffentlichkeit fast durchweg die billigen Auslandsverkäufe vor, und zwar mit Rücksicht auf die bedeutend höher gehobenen Preise im Inlande.

So ohne weiteres kann jedoch hieraus den Kartellen ein Vorwurf nicht gemacht werden, mag er auch in sehr vielen Fällen begründet sein. Die billigen Auslandsverkäufe entspringen vielfach wirtschaftspolitischen Gründen. Bei Sättigung des heimischen Marktes dient der billige Auslandsverkauf dazu, die Produktion fortzuführen zu lassen, Arbeiterentlassungen und Fehlschichten zu verhüten usw.

Diese billigen Auslandsverkäufe wirken jedoch höchst ungünstig auf die exportierenden Weiterverarbeiter. Der ausländische Fabrikant erhält so die Rohstoffe evtl. das Halbfabrikat billiger als der inländische Weiterverarbeiter. Dadurch kann der inländische Fabrikant auf dem Auslandsmarkt nur unter großen Schwierigkeiten konkurrieren.

Die von den großen westdeutschen Rohstoffkartellen, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisen- und Stahlwerksverband und dem Stahlwerksverband einrichtete „Abrechnungsstelle für die Ausfuhr“ vergütet vor allem ihren Mitgliedern, dann aber auch den übrigen Verbänden weiterverarbeitender Unternehmer einen bestimmten Betrag zurück für die am ausgeführten Produkt verwendete Menge Rohstoff.

Die vergüteten Werte sind im allgemeinen von dieser Ausfuhrvergütung ausgeschlossen.

#### 4. Einfluss auf den Handel.

Je höher nun die Produktionsstufe, um so schwieriger ist die Kartellierung. Und so bleibt in der Hauptsache diese Vergütung auf die Rohstoff- und Halbzweigkartelle beschränkt.

Die tiefgehendsten Wirkungen haben die Kartelle auf den Handel gehabt. Früher war der Handel der spekulierende Warenvermittler, der selbständig in seiner Art die Organisation der Warenverteilung in Händen hatte. Durch die Kartelle ist damit eine große Veränderung eingetreten.

Die niederen Kartelle lassen dem Handel noch die Möglichkeit, die Preisgestaltung zu beeinflussen. Die festgeschlossenen Verbände jedoch schalten den Handel als preismitbestimmend völlig aus und entziehen ihm zuletzt sogar die Organisation der Warenvermittlung. Sie machen nicht allein die Preise, sondern bestimmen auch, wieviel und an wen der Handel weiterverkaufen darf. Bei den Kartellen mit Auftragsverteilung kann der Händler auch nicht von einem beliebigen einzelnen Kartellmitglied kaufen. Vielmehr geht der Auftrag an die Zentralstelle, das Syndikat. Von hier aus wird der Auftrag nach gewissen Rücksichten einem Mitglied überwiesen.

War früher die Produktion vom Handel abhängig, so ist jetzt der Handel unter die Botmäßigkeit der Produktion geraten. In diesem Bestreben ist man soweit gegangen, daß man vielfach unter Führung des Kartells die Händler vereinigt hat. Die Gründung der Westf. Kohlenhandels-Gesellschaft m. b. H. zu Dortmund, über die das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat behält, ist ein Beispiel dafür. Mit dem Eintritt in diese Gesellschaften wurden zugleich die Verpflichtungen gesteigert. War schon der Bezug von Waren von außenstehenden Verkäufern bis dahin erschwert, so wurde er jetzt direkt untersagt. Die Exklusivklausel wirkt äußerst niederdrückend auf den Handel.

Der jüngste Fall einer solchen Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit ist der Kampf zwischen zwei Braunkohlsyndikaten. Es handelt sich hier direkt um den Kampf zwischen dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat und dem Westf. Kohlenhandels-Gesellschaft m. b. H. in Köln. Zwischen beiden Gesellschaften waren Einigungsverhandlungen im Gange, die zu keinem Ergebnis führten. Aus diesem Anlaß sendet nun die erlgenannte Gesellschaft an ihre Mitgliedschaft ein Rundschreiben, in welchem auf Absatz 3 der Lieferungsbedingungen hingewiesen wird. Es heißt dort: Sie verpflichten sich, Kohlen, Koks und Briketts von Böhmen, Kosterien und Brikettwerken, die dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat nicht angehören, bezw. deren Erzeugnisse nicht durch das Syndikat oder durch uns vertrieben werden, sei es unmittelbar oder mittelbar, weder zu kaufen, noch zu vertreiben, ferner von den bei uns gekauften Mengen weder unmittelbar, noch mittelbar an solche Abnehmer abzugeben, welche fremde Marken unmittelbar oder mittelbar vertreiben oder verbrauchen, widrigenfalls sich die Preise bei sämtlichen, zwischen Ihnen und uns bestehenden Lieferungsverträgen für die ganze Vertragszeit um 50 Pfg. die Tonne erhöhen. Danach dürfen Sie also auch Braunkohlenbriketts nicht kaufen oder vertreiben, da Sie sonst für Ihre sämtlichen Bezüge bei uns eine besondere Preiserhöhung zu zahlen haben. Wir werden hiernach streng verfahren müssen und machen Ihnen deshalb schon diese Mitteilung, damit Sie sich vor Schäden schützen können.

Man sieht: der Händler wird zum Agenten, und seine wirtschaftliche Freiheit ist auf ein Mindestmaß beschränkt.

Als Voraussetzung für den direkten Verkehr mit dem Kartell wird ein hohes und festes Abnahmegut quantum verlangt. So wird die Zahl der mit dem Syndikat arbeitenden Händler auf wenige Großhändler beschränkt.

Der direkte Verkehr mit dem Großhandel, die Reduzierung der Zahl der kleinen Händler ist zwar unlegbar, eine Vereinfachung des Geschäfts und bedeutet ohne Zweifel einen wirtschaftsbedingten Fortschritt; in sozialer Hinsicht aber wirkt diese Entwicklung sehr oft äußerst verderblich.

In der Ausschaltung des Handels ist das Rheinisch-Westf. Kohlen-Syndikat am weitesten vorgeschritten. In Verbindung mit mehreren Zechenrederien gründete es die Rheinisch-Westf. Kohlenkontor. Es handelt sich hauptsächlich um den Kohlentransport rheinaufwärts und das Verkaufsmonopol für Kohle am Oberrhein und Main. Da die Gesellschaft außer einen größeren Schiffspark auch über Lagerplätze (Mannheim) verfügt, so hat der Handel hier überhaupt nichts mehr zu sagen. Entsprechend der Entfernung von den Ruhrhäfen werden die Kohlenpreise am Oberrhein gesteigert, und der Gewinn, der früher dem Handel zufließt, fällt jetzt in die Tasche der Kohlengehaltigen. Im Hinblick auf die Monopolstellung des Syndikats am Oberrhein ist der Kampf mit dem Braunkohlen-Syndikat Köln besonders beachtungswert.

Nicht überall ist die Abhängigkeit des Handels von der kartellierten Produktion so groß wie bei Kohlen und Eisen. Feste Vereinigungen der Händler vermögen schon etwas auszurichten, und es kommt dann meistens zum Abschluss von Verträgen, nach denen sich beide Teile für den ausschließlichen Verkehr verpflichten.

Es liegt jedoch in der Tendenz der Kartelle, den Handel auszuschalten, für wenigstens in großmögliche Abhängigkeit zum Kartell zu bringen. Man sollte nun

meinen, das konsumierende Publikum käme zu billigeren Waren, weil der Profit des Zwischenhandels fortfällt. Weit gefehlt. Kommt keine Vereinigung zwischen Kartell und Großhandel zustande, die sich in den Gewinn teilen und dem lieben „Publikum“ das Nachsehen lassen, so ist das Kartell auch nicht zu blöde, den ganzen Profit allein einzusacken. Als Gegenmittel hat man die Organisation der Konsumenten vorgeschlagen, die indes äußerst schwierig und vorläufig ganz aussichtslos ist. Immerhin jedoch ist eine Gegenorganisation der Konsumenten als Gegengewicht gegen die kein Maß und Ziel kennenden Praktiken der Produzentenorganisationen im Auge zu behalten. Orga. von muß gegen Organisation stehen. Zentralblatt. G. K.

### Inkonsequent und unehriglich.

In Nr. 14 der „Baugewerkschaft“ teilten wir einige Ausführungen des Redakteurs Bringmann vom „freien“ Zimmerer-Verbande über dessen Auffassung der Aufgaben der Gewerkschaften mit. Selbiger hatte in dem Referat entschieden bestritten, daß die „freien“ Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf den Klassenkampf richteten. Ihr Ziel sei nur die Wahrung der berufswirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Die „Kölnische Volkszeitung“ nannte Bringmann hierauf mit Recht einen „weißen Raben“, und wir schrieben:

Bringmann hat mit diesen Ausführungen erstens bestätigt, daß die christlichen Gewerkschaften, die diese Anschauungen von jeher konsequent vertreten haben, auf der richtigen Fährte sind. Zweitens hat er den Phrasenhelden in den „freien“ Gewerkschaften wie fast der gesamten „freien“ Gewerkschafts-Presse eine schallende Ohrfeige verabreicht, denn immer ist deren zweites Wort der Klassenkampf; drittens hat er zugegeben, daß es ein Verrat an der Gewerkschaftsbewegung ist, die in ihrem innersten Wesen bürgerlich und deren Arbeit auf Kompromissen beruht, sie mit einer reaktionären Negationspartei, deren Ziel ein ganz anderes, ja dem gewerkschaftlichen geradezu entgegengesetzt ist, zu verdingen. Denn das muß Bringmann doch zugeben, daß die Sozialdemokratie in den freien Gewerkschaften ihr Hauptquartier hat und daß dieselbe Partei ihr einziges Element in der unfruchtbarsten radikalsten Phrase besitzt, das gerade Gegenteil der Kompromisspartei der Gewerkschaften.

Anstatt daß B. nun konsequent zugibt, daß es ein Verrat und innerer Widerspruch der Gewerkschaftsbewegung ist, daß man sie zu den Hauptträgern der sozialdemokratischen Aktion macht und damit eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung verhindert, macht er uns im „Zimmerer“ den Vorwurf der Ignoranz. Ferner verlangt er, wir sollten den ganzen Vertrag abdrucken. Nun, für so nach hätten wir Kollegen Bringmann besonders in seiner Eigenschaft als Redakteur nicht gehalten; zur Sache selbst sei aber bemerkt, daß der übrige Teil des Referates erstens uns ziemlich gleichgültig ist, zweitens wir das inhaltlich schon hundertmal gelesen haben in anderen Blättern und drittens, daß wir, ehrlich gesagt, es nur als Dekoration auffassen, die Bringmann seinem Publikum gegenüber braucht, um seinen Zünftlerstandpunkt zu bemanteln.

Der Kernpunkt ist für uns die Ableugnung des Klassenkampfes. B. führt Kautsky als Kronzeugen für seine Ansicht an, zum Unglück in Verbindung mit Börsch. Letzterer sagt bekanntlich infolge seiner bürgerlichen Auffassung über die Gewerkschaften — schon längst als Hirsch-Dunderländer an der „Westf. Abendpost“ dieser Richtung. Wir führen für unsere Ansicht eine viel kompetentere Stelle an: „die deutschen Gewerkschaften haben nie den allerweltspolitischen Standpunkt der englischen Gewerkschaften vertreten; sie stehen auf dem Boden des Klassenkampfes der Arbeiter und werden an diesem Klassenkampf für alle Zeit festhalten.“ („Korrespondenzblatt“, Nr. 39, 1904). Diese Bitate könnten wir häufen, wenn es nicht gar so aussehen würde, als wollten wir Wasser in den Rhein tragen.

Ferner ist es gar keiner Diskussion wert, den Klassenkampfcharakter der „freien“ Gewerkschaften nachzuweisen; die alleinige Tatsache, daß man dieselben völlig als Parteitruppen der Sozialdemokratie betrachtet und behandelt — siehe Reichstagswahl 1903: „Fürwahr: einem Arbeiter, der diesmal einen konservativen, nationalen oder ultramontanen Stimmzettel in die Wahlurne stecken wollte, müßte die Hand brennen, als ob er glühendes Eisen angegriffen hätte. Wer als Arbeiter diesmal anders als sozialdemokratisch wählt, der beginge ein Verbrechen, das nie wieder gesühnt werden könnte. Er würde keinerlei Entschuldigend geltend machen dürfen.“ („Zimmerer“, Nr. 24, 1903.) — ist beweisend dafür, daß das Leben und Streben dieser Partei, der Klassenkampf, Hauptprinzip ist. Also Bringmann muß entweder konsequent sein und das anerkennen, — oder er vertritt die Zweifelslehre und damit das Geheulertum. Sollen wir zum Ueberfluß noch auf die Debatten auf dem Jenaer Parteitag hinweisen, wo z. B. Silberstein, jedenfalls eine kompetente Person in der freien Gewerkschaftsbewegung, sagte: „Nun wird über das Schwimmen des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften geklagt. Nehmen Sie doch die Dinge, wie sie sind. Haben nicht die Gewerkschaften täglich und stündlich den reinen, puren Klassenkampf getrieben? Haben sie nicht bis in das letzte Dorf den Namen des Sozialismus getragen?“ Auch die Fütterung Debels für die Bringmannsche Ansicht ist ein Fehlgriff. Kein anderer als Debels hat in Jena den Anspruch getan: Er würde als Redakteur eines Gewerkschaftsblattes nie das Wort Sozialdemokratie gebrauchen und doch seine Leser zu tüchtigen Sozialdemokraten erziehen!

Ein anderer Punkt, der Bringmanns Voreingenommenheit und Unehrlichkeit beweist, ist die Redensart: „Es ist einfach nicht wahr, daß die christlichen Gewerkschaften aus der Arbeit gegründet sind und den Boden haben, die berufswirtschaftliche



Die Unternehmer ab, um mit dem Vorsitzenden über Festlegung eines Mindestlohnes für Maurer 40 und für Arbeiter 30 Pf. Rücksprache zu nehmen. Als dieselben zuhört, erklärte der Unternehmer Schmitz, sie lehnten die Festlegung eines Mindestlohnes ab, sie müßten sich das Recht vorbehalten, den Lohn zu zahlen an wen sie wollten. Selbstverständlich konnten die Arbeiter hierauf nicht eingehen. Damit die Verhandlungen gescheitert. Vorausichtlich wird nun Kampf noch länger dauern. Für die Kollegen heißt es nun, die Fremde zu ziehen und nicht früher zurückzukehren, bis sie nicht erhalten. Es muß auch den Unternehmern im Aktialmal klar werden, daß die Arbeiter sich nicht mehr alles vordrängen lassen. Wenn die Kollegen einig zusammenschließen, und sorgen, daß die Baustellen rein von Streikbrechern gehalten werden, dann wird der Machtpunkt der Arbeitgeber verloren werden und der Erfolg sicher sein.

**Bezirk Münster.** In Vorhorkst haben, nachdem die Unternehmer hartnäckig auf ihrem Standpunkt verharrten, beim Unternehmer Kück 26 Maurer am 20. April die Kündigung erklärt. Zugang ist fern zu halten von Borg-

In Greven hatten die Unternehmer in der Zeit der Kündigungen sich eines anderen besonnen; dieselben hatten zum Freitag, den 20. d. M., zu Verhandlungen geladen. Sie führten zu einem günstigen Resultat, es wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach der Lohn um 5 Pfg. die Stunde steigt und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt wird.

Von Heine erhalten wir Nachricht, daß die dortigen Unternehmer zum Kampfe rufen. Denn sie haben sich 80 Arbeiter kommen lassen. Auch von hier ist der Zugang fern gehalten.

**Bezirk Bayern.**

**Bad Reichenhall, 20. April.** Im Laufe des Winters wurden aus der freigeordneten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsame Forderungen aufgestellt. Ehe dieselben den Unternehmern unterbreitet, wurden auch unsere Kollegen von Sitzungen hinzugezogen und ihnen die Gründe und Gründe der Lohnkommissionen gewährt. Als aber die Unternehmer Forderungen bis zur sechzigsten Stunde nicht beantworteten, wurde in der am 5. April abends stattgefundenen gemeinsamen Versammlung beschlossen, am 6. April die Arbeit niederzulegen. In rascher Beteiligung des Streiks wurde von dem Arbeitgeberverband auf Sonntag, den 8. April, eine Sitzung anberaumt, aber zu keinem Resultate führte, weil die Unternehmer gebotenen Minimallohne nicht akzeptierten. Daraufhin besaß der Arbeitgeberverband, sämtliche organisierten Arbeiter Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Tapezierer u. f. — zu sperren, trotzdem für sämtliche Berufe Tarife bestanden für Metall- und Holzarbeiter waren erst wenige Tage vorher abgeschlossen, um die Arbeiterschaft geüßig zu machen die Organisationen zu sprengen. Aber das Gegenteil war der Fall. Nach vierstündiger Aussperrung strebten die Unternehmer nach Verhandlungen an. Dieselben sahen ein, daß das von ihnen gewählte Kaditalkittel schwere Schädigungen für die ganze Stadt bringt, weil dieselbe ein Badeort ist, deshalb sämtliche Arbeiten bis zu Beginn der Saison fertiggestellt sein müssen.

Am 17. April kamen die verschiedenen Tarife zum Abschluß. Für Maurer wurden für Maurer 45, für Zimmerer 40, für Bauhilfsarbeiter 35 Pfg.; genehmigt wurden für Maurer 45, für Zimmerer 40, für Bauhilfsarbeiter 32 Pfg. Nächstes Jahr steigt der Lohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter um je 2 Pfg. pro Stunde. Der bisherige Lohn war durchschnittlich um 5 Pfg. höher als der jetzt vereinbarte. Auch die übrigen Berufe über neue Tarife abgeschlossen und durchgehend eine Lohnsteigerung von 5 bis 7 Pfg. pro Stunde und auch teilweise die Verkürzung der Arbeitszeit, bis zu vier Stunden in der Woche erzielt. Von den christl. Organisationen waren an den Verhandlungen der Bauhandwerker- und Holzarbeiterverband beteiligt. Die Arbeitgeber in Bad Reichenhall sind sehr entschlossen, daß ihre nur zur Lohnregelung der Arbeiterorganisationen verkehrte war und die Arbeiter als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen sind.

**Amberg, 18. April.** Der Streik in Amberg wurde gestrichelt. Bei der Unterhandlung auf dem Gewerbeamt erreichte wir Anerkennung des Tarifes, 3 Pf. Lohnsteigerung für Bauhandwerker und Hilfsarbeiter ab 1. Mai, Samstag 5 Uhr Arbeitschluß mit 10 Stunden, Vergütung für Überstunden 15 Proz., Nacht-, Wasser- und Sonntagsarbeit 50 Proz., Überstundenarbeit 5 Pfg. pro Stunde mehr und die Hälfte des Gehalts, Näheres folgt. Der Vertrag dauert bis 1. Januar 1908.

**Bezirk Posen.**

Zur Aussperrung in Posen ist zu berichten, daß die Verhandlungen vor dem Einigungsamt unter Vorsitz des Herrn Gerichtsrats Dr. Wilms zu folgenden Einigungsbedingungen führten: Für 1908 sollte der alte Vertrag mit 40 und 50 Pfennig bestehen bleiben. Für 1907—08 50 und 51 Pfg. für 1908—09 51 und 52 Pfennig der Lohn festgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde seitens der Kollegen gegen 15 Stimmen abgelehnt. In einem Tage später stattfindenden Generalversammlung der Arbeitgeber war die Mehrheit dafür, weiter zu verhandeln, jedoch brachten es die Schlichter fertig, einen im laudenden Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen, weil die Bestimmungen eines Paragraphen ihres Statuts dahin lautete, daß die Generalversammlung den Mitgliedern drei Tage im Voraus bekannt sein muß. Die Angelegenheit wurde bis zum 19. April vertagt, während welcher Zeit die Schlichter die Wankelmütigen wieder für sich gewinnen. Es wurde seitens der Arbeitgeber beschlossen, an den früheren Verhandlungen teilzunehmen und die Klagen der Arbeiter durch auswärtige Maurer, namentlich Italienern, möglichst auszufüllen. Also die Arbeitgeber verharren auf ihrer Forderung: Anerkennung des alten Tarifs auf weitere zwei Jahre. Da diesem Verlangen der organisierten Kollegen nicht stattgegeben werden konnte, besteht die weitere Forderung der Arbeiter: Jeder Arbeiter, der arbeiten will, muß ein Mitglied des nationalen polnischen Berufsverbandes sein. Dessen Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes folgen auch die deutschen Arbeitgeber und verlangen, daß auch alle Arbeiter einem polnischen Verbands beitreten sollen, bei allen sich bietenden Gelegenheiten von Patriotismus und Vaterlandsliebe tiefen und Deutschland überreden, wenn sie an der gefüllten Staatskrippe sitzen können. Wahrscheinlich will man den Unternehmern durch die Arbeiter die Hände an der Wasserstraße und Jagzowski in Wida. In der Versammlung gelangte folgende Resolution zur Sprache: „In Anbetracht der Tatsache, daß der Arbeitgeber für das Baugewerbe die Posener Maurer aussperrte,

trotzdem sie sich bereit erklärten, in diesem Jahre für den bisherigen Lohn weiter zu arbeiten, in Berücksichtigung der Tatsache, daß aus dem Beschluß dieses Verbandes vom 10. d. M. klar hervorgeht, daß er einen ehrlichen und bauernben Frieden im Baugewerbe nicht will, fassen sich die Maurerverbände veranlaßt, mit den Arbeitgebern, welche einem Gegenseitigkeitsverhältnis ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen an Stelle des Kampfes den Vorschlag geben, in ein friedliches Vertragsverhältnis zu treten. Die Versammlung beauftragt daher die vereinte Kommission, den einzelnen Arbeitgebern am 23. d. M. einen Vertrag zu unterbreiten, der außer den üblichen Bedingungen über Arbeitszeit usw. den Stundenlohn bis zum 31. März 1908 auf 55 Pfennig festsetzt. Die Mitglieder der drei Organisationen verpflichten sich, dafür zu wirken, daß ihr Arbeitgeber diesen Vertrag für alle seine Arbeiter unterschreibt anerkennend.“ — Auch fanden noch folgende Anträge einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung erachtet es als ratsam, daß die vorhandenen Arbeitsplätze durch in Posen anständige verheiratete Kollegen besetzt werden. Ferner macht die Versammlung es jedem fremden, hier nicht ansässigen, sowie den unverheirateten Kollegen zur Pflicht, wenn nicht ganz besondere Umstände es verzeihen, abzuweisen.“ — Ausgesperrt sind zurzeit 629 Kollegen, davon von unserem Verband 87. In Arbeit stehen bei Unternehmern, die nicht ausgesperrt haben, 337, davon von unserem Verbande 31. Auf 69 Bauten und 20 Umbauten arbeiten bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes 59 Poliere und als Streikbrecher 64 Gesellen, die zu zwei Drittel dem polnischen Verbande als Mitglieder angehören, außerdem 224 Lehrlinge und 562 Handlanger. Mehrere Unternehmer, die nicht ausgesperrt haben, und bei denen weiter gearbeitet worden ist, haben die Forderung, 52 Pfennig für 1906 und 55 Pfennig für 1907 unterschrieben anerkannt. (Wie uns am Schluß der Redaktion mitgeteilt wird, ist eine große Truppe Italiener eingetroffen. D. R.)

**Stuttgarter.**

**Münster.** Die Verhandlungen der Stuttgarter Münster mit den Arbeitgebern haben zu einer Einigung geführt. Die Abmachungen, welche vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung getroffen sind, schließen sich eng an den Arbeitsvertrag der Essener Stuttgarter an. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige. Der Lohn, welcher im bisherigen Tarif auf 55 Pfg. festgelegt war, ist jetzt folgendermaßen geregelt: ab 1. Mai 60 Pfg., ab 1. August 63 Pfg. und ab 1. Mai 1907 65 Pfg. Die Dauer des Vertrages beträgt zwei Jahre. Bei Arbeiten außerhalb Münsters wird pro Tag 1,50 Mark vergütet. Alles in allem sind auch unsere Kollegen in Anbetracht des friedlichen Abschlusses mit dem Erfolg zufrieden. Jetzt gilt es auch für die Münsteraner mehr als bisher, für den Ausbau der Zahlstelle Sorge zu tragen, damit das Ereignis auch hochgehalten wird.

**Verbandsnachrichten.**

**Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)**

**Konferenzen.**

**Vorwärts trotz alledem.** Die am zweiten Osterfeiertage in Hamburg, Feinestraße 13, stattgehabte Delegierten-Konferenz der christlichen Gewerkschaften der nordischen Bezirke zeigte, daß auch im Norden Deutschlands, trotz aller Anfeindungen, die christlichen Gewerkschaften festen Fuß gefaßt und in nicht zu unterschätzender Anzahl vertreten sind. Es waren 33 Ortsgruppen mit 1429 Mitglieder durch 20 Delegierten vertreten, jedoch dürfte sich die Gesamtmitgliedszahl der christlichen Gewerkschaften im Norden wesentlich höher stellen, weil mehrere Verwaltungsstellen auf der Konferenz nicht vertreten waren.

Die von den Delegierten erstatteten Berichte ließen erkennen, daß trotz der ungünstigen Situation, mit der die christliche Arbeiterbewegung im Norden zu rechnen hat, überall stetige Fortschritte zu verzeichnen und daß auch noch organisationsfähige christliche Arbeiter im Norden genügend vorhanden sind, zu deren Gewinnung für die christlichen Organisationen es aber an agitatorischen Kräften mangelte.

Nach einem Vortrage über die künftige Agitation, in dem die Kleinarbeit und die Agitation vom Mund zu Mund als bestes Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder empfohlen wurde, wurde über die Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs beraten, der sich ausschließlich der Agitation zu widmen hätte. Von der Notwendigkeit einer freigestellten, agitatorisch wirkenden Kraft war man allgemein überzeugt, jedoch konnte man über die Mittel zur Besoldung des Sekretärs noch keine bindenden Beschlüsse fassen.

Der anwesende Vertreter des Vorstandes des Gesamtverbandes, Herr Weber aus Duisburg, sicherte eine Beihilfe des Gesamtverbandes zu, vorausgesetzt, daß die in Frage kommenden Verwaltungsstellen aller Bezirke durch Erhebung eines Extrabeitrages zur Besoldung des freigestellten Beamten beitragen würden.

Sämtliche Delegierten versprachen, in ihren Verwaltungsstellen Beschlüsse über die Erhebung eines Extrabeitrages herbeizuführen und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß es durch die Opferwilligkeit der christlichen Arbeiter des nordischen Bezirkes und durch die Beihilfe des Gesamtverbandes möglich werde, die Kosten zur baldigen Anstellung eines Sekretärs aufzubringen, damit auch im Norden die christliche Gewerkschaftsidee immer mehr verbreitet und vertieft werden könne und die Zahl der organisierten christlichen Arbeiter immer größer werde trotz des Terrorismus und der Anfeindungen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

**Aus der Rheinpfalz.** Am Ostermonat hielten die christlichen Gewerkschaften der Rheinpfalz in Kaiserlautern eine Delegierten-Konferenz ab. Diefelbe war von 59 Delegierten besucht. Erfreulicherweise konnte konstatiert werden, daß die christlichen Gewerkschaften in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht haben. Doch muß die Zahl der den christl. Gewerkschaften angehörenden Arbeiter, im Verhältnis zu der großen Anzahl der unorganisierten, als klein bezeichnet werden. Wie gewinnen wir die noch abseits stehenden für unsere Bewegung? war das Thema der Konferenz. Hierüber referierte Kollege Tremmel aus Mannheim. Besonders wurde die Kleinagitation empfohlen, da dieselbe erfahrungsgemäß die besten Erfolge zeitigt. Von mehreren Rednern wurde hervorgehoben, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung keine reine Wagen-, sondern eine Kulturbewegung sei. Deshalb müsse man dafür Sorge tragen, daß der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in immer weitere Volks- und Arbeiterkreise getragen werde. Nach wurde von einigen Delegierten bedauert, daß in einer Anzahl von konfessionellen Arbeitervereinen die christlichen Gewerkschaften nicht unterstützt werden. Es wurde dann betont, daß jeder christliche Gewerkschaftler in einem konfessionellen Arbeiterverein sein muß, da dies in der heutigen Zeit unbedingt notwendig ist. Dann wurde auch dafür Sorge getragen, daß in den konfessionellen Arbeitervereinen überall eine zeitgemäße Arbeiterpolitik getrieben wird. Durch die ganze Konferenz wehte ein frischer Zug. Die Nachricht, daß der Gesamtverband für die Agitation einen Kollegen freigestellt hat, wurde lebhaft begrüßt. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende die Delegierten auf, die auf der Konferenz gegebenen Anregungen nun auch in die Tat umzusetzen, auf daß unsere Bewegung immer mehr erstärke zum Wohle der Arbeiterchaft. — Christliche Arbeiter der Rheinpfalz zeigt, daß ihre die Zeichen der Zeit verstehen, treten dann ein in die Reihen der um ihre Existenz und Ueberzeugung kämpfenden christlichen Gewerkschaftler!

**Dachdecker.**

**Bremer.** Terrorismus über gegen jeden christlich organisierten Dachdecker, dieses ist die Parole der Genossen in Bremen. Hieron eine Blüthenlese: Wir müssen einige Wochen zurückgreifen, tut aber nichts zur Sache. Am 11. Februar trat Kollege Zahnbuch hier beim Dachdeckermeister Strüber in Arbeit, dieses war das Signal zum Angriff für die Genossen, denn sie sagten sich: Alles was christlich ist, muß schon im Anfang erstickt werden. Am 14. Februar wurden daraufhin 6 Genossen bei Strüber vorstellig und verlangten sofortige Entlassung der Kollegen Zahnbuch und Trilling. Strüber gab den Genossen zur Antwort: Wer mit den beiden nicht arbeiten will, kann aufhören. Alle bei Strüber beschäftigten Genossen legten daraufhin die Arbeit nieder. Nun aber großes Geschrei im Lager der Genossen, denn die Sache sollte ja anders kommen. Nun war guter Rat teuer. Erst mußte der Gesellenanschuß bei Strüber in dieser Angelegenheit vorstellig werden, bezüglichen der Gauleiter Genosse Piepenbring-Hannover, ersterer verlangte Entlassung der beiden christlich organisierten Kollegen, letzterer verlangte die beiden neu eingestellten Gesellen zum Arbeitsnachweis zu senden, um sich dabei die Erlaubnis zu holen, daß sie in Bremen arbeiten könnten, und die Genossen, die die Arbeit niedergelegt hätten, wieder einzustellen. Beide Anträge wurden von Strüber abgelehnt. Bemerkte sei noch, daß in Bremen die Genossen einen Arbeitsnachweis eingeführt haben, mit der Bedingung, daß kein Dachdeckermeister einen Gesellen einstellen darf, sondern er hat sich an den Nachweis zu wenden, von da werden ihnen welche zugeandt. Erdreißt sich doch ein Meister einen Gesellen einzustellen ohne den Nachweis in Anspruch zu nehmen, so wird sofort die Sperrre über sein Geschäft verhängt. Dieses war denn auch das Los der Strüber'schen Werkstelle. Mit dieser Sache beschäftigte sich denn auch die Zunftung, wo es die Genossen fertig brachten, folgenden Antrag durchzubringen: Strüber sollte die beiden Gesellen zum Arbeitsnachweis senden und die entlassenen Dachdecker wieder einstellen. Strüber beschwerte sich denn auch beim Arbeitgeberverband, dessen Mitglied er ist, über die Sperrre, die über sein Geschäft seitens der Genossen verhängt war; hatte jedoch auch keinen Erfolg. Die Antwort war, er möge die christlich organisierten Dachdecker entlassen, dann wäre der Streit ausgehen. In unserer Mitgliederversammlung am 5. März kam diese Angelegenheit denn auch auf die Tagesordnung. Kollege Zahnbuch erstattete den Bericht hierüber. Berichterstatter verlangte unter allen Umständen, daß in dieser Sache Remedur geschaffen werde, denn bis jetzt hätten sich die Kollegen allein durchschlagen müssen, jetzt aber würde die Sache doch ein wenig zu stark. Nach einer scharfen Diskussion wurden dann zwei Anträge angenommen, die in dieser heiklen Sache eine Aenderung bringen sollten, aber nicht gebracht haben. Was die christlich organisierten Dachdecker alles über sich ergehen lassen mußten, läßt sich leicht denken, wenn man in Betracht zieht, daß die ganze Bauarbeiterchaft durch die Presse und durch ein Flugblatt gegen die christlich organisierten Dachdecker sehr gemacht wurden. Zu bemerken ist noch, daß der Bezirksleiter, Kollege Winboldy-Hannover, hierher gekommen war, um eine Regelung dieser Sache herbeizuführen; aber trotz seiner Bemühung nichts erreicht hat. Hieraus ergibt man, daß die Genossen sich auf den Standpunkt stellen: Wir sind die Herren im Hause, die christlichen Dachdecker werden hier einfach nicht geduldet. Sie sind der Meinung, der Herr Strüber müsse ihnen doch kommen, aber dafür werden wir sorgen, daß dieses nicht der Fall ist, denn die ganze Werkstelle ist mit christlich organisierten Dachdeckern jetzt besetzt, und durch tüchtige Agitation einiger Kollegen ist es uns gelungen, 6 Kollegen in Rhein bei Bremen für unseren Verband zu gewinnen. Aus obigem ist nun zu ersehen, daß die christlich organisierten Dachdecker den Kampf aufnehmen müssen; denn die Genossen wollen nicht von ihrem Standpunkte lassen, daß erst die christlichen Kollegen verschwinden müssen, und hauptsächlich der Kollege Zahnbuch, in dem die Genossen das Hauptthema ihrer Parteilinteressen erblicken, dann wollen sie die Sperrre aufheben.

**N. B.** Von dieser Stelle müssen wir die christlich organisierten Maurer von Bremen auffordern, uns in dieser unangenehmen Angelegenheit zu unterstützen. Ferner mögen die Kollegen agitatorisch unter den Dachdeckern, die aus ihrer Heimat kommen, tätig sein, denn es sind eine ganze Reihe, die für unsere Sache noch zu haben sind. Man hört öfters von den Dachdeckern, ja, wenn erst eine Zahlstelle gegründet ist, dann treten wir auch bei. Nun, Kollegen, tue jeder seine Schuldigkeit, und wir werden bald auch in der Baugewerkschaft berichten können, daß in Bremen auch eine Zahlstelle der christlich organisierten Dachdecker sei.

**Maurer.**

**Berlin.** In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Kollege Jacobi über: „Die Lehren des Jahres 1906“. Das gut durchgearbeitete Referat enthielt ein reichhaltiges Material. Zunächst wurden die wirtschaftlichen Kämpfe und Erfolge kurz geschildert, u. a. die große Bauarbeiteraussperrung im Westen. Unsere Zeit steht überhaupt unter dem Zeichen der Aussperrung, was Redner ausführlich bewies. Sodann schilderte derselbe kurz den Kölner Kongreß der „freien“ Verbände, der mit seinen Erscheinungen ein Signal für die christlichen Arbeiter zum Sammeln sei. Der Jenauer Parteitag der Sozialdemokratie mit seinem Massenstreikrummel erfuhr ebenfalls eine kurze Behandlung. Dann ging Redner auf die materialistischen Grundzüge der Sozialdemokratie ein, deren Unwissenschaftlichkeit nachweisend, wie deren Konsequenzen, die dem heutigen Herrenmenschtum recht gäben. Eine erfolgreiche Arbeiterbewegung könne sich nur auf christlichen Grundföhen bewegen, wie überhaupt die ganze Gesellschaft. Der Beifall war ein äußerst großer. Abschluß wurde zur Erhöhung der Kartellbeiträge das Wort ergriffen. Es besteht in Berlin schon einige Jahre ein Kartell, welches aber nennenswertes noch nicht geleistet hat. Es soll vom Gesamtverbande ein Sekretär angestellt werden, damit auch in Berlin etwas für Ausbreitung unserer Sache getan werden kann. Bis dato sind pro Mitglied 10 Pfg. pro Jahr von den Gewerkschaften gezahlt worden, dafür kann aber nicht viel geleistet werden, so ist vom Kartell angeregt worden, den Beitrag auf 40 Pfg. zu erhöhen. Dieses wurde von den Kollegen eingehend besprochen und gutgeheißen. Ein Antrag wurde dahingehend gestellt und angenommen: Der Beitrag wird in Marken quittiert, von dem Hauskassierer eingezogen, beträgt pro Mitglied und Jahr 40 Pfg. und wird von den Mitgliedern entrichtet. Ferner wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß von den organisierten Kollegen einige Bauten gesperrt wurden und daß die Bauarbeiter die Arbeit dort aufgenommen haben, was einer beständigen Kritik unterzogen wurde. Ein Kollege, welcher außer dem Streitgebiet gearbeitet, seine Beitragsmarken nach Berliner Lohn gezahlt, und ein Kollege, welcher Invalide ist, wurden von Zahlung der Extramarke entbunden. Es wurde darauf hingewiesen, daß vom Kartell ein Unterrichtskursus eingerichtet ist und zwar jeden Dienstag abend, 8 Uhr abends. Die Kollegen möchten sich regen daran beteiligen. Es wurde ferner angeführt, daß eine Bescheidungskommission besteht, man aber noch nichts von derselben gehört hat, dieselbe besteht aus den Kollegen Gottlieb Müller, Weberstr. 16; Paul Weil, Komintenerstr. 7; Albert Mühlberg, Memelerstr. 49.

**Gerren.** Am 29. März fand hier selbst unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach Verlesung des Protokolls, welches für gut befunden wurde, behandelte Kollege Werner aus Bochum die Frage: „Was hat das Jahr 1905 dem Arbeiter in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung gebracht?“ Er sprach zunächst über die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1905 und ging auf einige derselben näher ein. Redner legte sodann dar, wozu es führe, wenn sich eine Gewerkschaft, welche sich „frei“ nennt, zu politischen Zwecken mißbrauchen lasse. Abschluß forderte

